

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Britta Haßelmann, Thilo Hoppe, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6278, 16/6330 –**

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im August 2006 konnten mit der Verabschiedung der Resolution des UN-Sicherheitsrates 1701 die Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah beendet werden. Auslöst wurde der Krieg durch die Entführung von zwei israelischen Soldaten auf israelischem Gebiet durch die Hisbollah und die massive militärische Reaktion Israels. Der Krieg führte durch Luftwaffenangriffe Israels wie Raketenangriffe der Hisbollah zu großen Zerstörungen auf beiden Seiten. Auf libanesischer Seite kamen fast 1200 Menschen im Süden des Landes und in Beirut ums Leben, auf israelischer Seite 119 Soldaten und 40 Zivilisten. Die Bemühung der UN, durch einen sofortigen Waffenstillstand zu einem schnellen Ende der Kampfhandlungen zu kommen, konnte erst verspätet umgesetzt werden und gelang mit Einigung auf die Einsetzung einer verstärkten UNIFIL-Truppe im Südlibanon im Rahmen der Resolution 1701.

1. Die erweiterte UNIFIL

Das seit 1978 bestehende UNIFIL-Mandat wurde mit der Resolution 1701 auf bis zu 15 000 Soldatinnen und Soldaten aufgestockt, die mit einem robusten Mandat den Waffenstillstand sichern und die libanesischen Autoritäten und die libanesischen Armee bei der Ausübung ihrer Autorität in gesamten Staatsgebiet des Libanon unterstützen sollen. Dazu soll UNIFIL eng mit den regulären Einheiten der libanesischen Armee kooperieren und sie aus- und weiterbilden.

Bisher waren etwas über 11 000 UNIFIL-Soldatinnen und Soldaten im Südlibanon und ca. 2 000 Marinesoldatinnen und -soldaten aus 29 Staaten, davon 18 EU-Mitgliedstaaten, beteiligt.

Erstmals ist die libanesische Armee im Südlibanon stationiert worden und nimmt zunehmend an der Überwachung des Seeraumes teil. Alle Konfliktparteien – Israel und als damaliger Bestandteil der libanesischen Regierung die Hisbollah – haben der Resolution zugestimmt. Alle libanesischen Gruppen und Parteien unterstützen auch heute ausdrücklich UNIFIL und die Resolution 1701. Nach Anforderung durch die UN hat der Deutsche Bundestag am 20. September 2006 das Mandat für einen deutschen maritimen Beitrag zu UNIFIL mit bis zu 2 400 Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Israel hat die deutsche Teilnahme ausdrücklich unterstützt.

Am 24. August 2007 hat der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1773 auf Anfrage der libanesischen Regierung das Mandat für UNIFIL bis zum 31. August 2007 verlängert. Darin wird die positive Rolle von UNIFIL bei der Sicherung des Waffenstillstandes hervorgehoben und die Notwendigkeit weiterer enger Zusammenarbeit mit der libanesischen Armee betont. Darüber hinaus betont die Resolution die Bedeutung, im Rahmen der Resolution 1701 und der Vorgängerresolutionen eine langfristige Friedenslösung anzustreben und die Ursachen des Konfliktes zu bearbeiten.

Im Lichte der politischen Entwicklungen bedürfen alle Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1701 der laufenden Evaluierung und Anpassung an veränderte Situationen. Dies gilt auch für das deutsche militärische Engagement und seine Ausgestaltung sowie den weiteren Zeitrahmen der bis zum 31. August 2008 befristeten Mission.

Am 22. August 2007 hat das Bundeskabinett einer Verlängerung der deutschen Beteiligung am Marineeinsatz im Libanon mit einer reduzierten Obergrenze von 1 400 Soldatinnen und Soldaten unter Vorbehalt des Bundestagsbeschlusses zugestimmt, da bisher weniger als 1 000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz waren. Die Bundesregierung will die deutsche Führung des Marineeinsatzes auf Wunsch der Vereinten Nationen fortführen, sie aber Ende Februar 2008 abgeben.

2. Bewertung des Einsatzes: Chancen und Risiken

Das Fazit des UNIFIL-Einsatzes und des deutschen Beitrages fällt überwiegend positiv aus: Der Süden Libanons ist insgesamt stabil und im Operationsgebiet unter Kontrolle der UNIFIL bzw. der libanesischen Armee. UNIFIL hat im Einsatzzeitraum laut Bericht des Generalsekretärs vom 28. Juni 2007 altes, zurückgelassenes Militärmaterial sichergestellt, aber keinerlei Bewaffnung im Operationsgebiet südlich des Litani-Flusses entdeckt und keinerlei Hinweise darauf erhalten. Bei der erfolgreichen Überwachung der Seeseite wurden keine Waffenlieferungen gefunden. Durch das maritime Kontingent konnten die israelischen Embargomaßnahmen nach dem Krieg beendet werden. Die libanesische Marine hat ihre Fähigkeiten verbessert und soll zunehmend in die Lage versetzt werden, die Überwachung des Seeraumes selbst zu übernehmen. Die Ausdehnung der libanesischen staatlichen Autorität und die Stärkung der Armee gehen voran, ebenso wie der Wiederaufbau. Die Zusagen der Geberkonferenzen in Stockholm und Paris müssen von der internationalen Gemeinschaft eingehalten werden. Ein größerer Teil der von der israelischen Armee benutzten ca. 1 Million Streumunitionsteile, die die örtliche Bevölkerung gefährden, konnte geräumt werden. Vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen einer trilateralen Militärgruppe zwischen UNIFIL, Israel und Libanon sind ebenfalls positiv.

Demgegenüber stehen als Herausforderungen andauernde Grenzverletzungen Israels und Libanons, die von den Konfliktparteien gemeinsam mit UNIFIL markiert werden müssen. Die Freilassung der israelischen Soldaten Eldad Regev und Ehud Goldwasser und ein Gefangenenaustausch stehen aus. Die israelischen Überflüge haben sich auf 15 bis 20 täglich gesteigert und gefährden die Legitimation von UNIFIL. Brüche des Waffenstillstands, wie der Abschuss von

drei Katyusha-Raketen am 17. Juni 2007, zu dem sich die bis dahin unbekanntenen „Jihadi Badr Brigaden im Libanon“ bekannt haben, sind ebenso beunruhigend, wie terroristische Anschläge und Drohungen, wie der Anschlag auf spanische UNIFIL-Soldaten am 24. Juni 2007. Ein großes Problem für UNIFIL und die Resolution 1701 ist die fehlende Überwachung großer Teile der Landgrenze zu Syrien. Bewaffnete Gruppen, darunter Hisbollah, haben militärische Strukturen außerhalb des Operationsgebietes verlagert. Einzelne belegte Waffenfunde inklusive Raketenteilen belegen, dass Hisbollah und andere bewaffnete Gruppen weiterhin Nachschub an Waffenlieferungen erhalten. Es bleibt ungewiss, inwieweit die Behauptung der Hisbollah, auf Vorkriegsniveau wiederaufgerüstet zu haben, zutrifft. Vor allem von Israel erhobene Vorwürfe über Lieferungen hochtechnologischer Waffensysteme konnten nicht belegt und von den Vereinten Nationen nicht bestätigt werden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen forderte insbesondere Syrien und den Iran auf, ihren Verpflichtungen zur Unterbindung von Waffenschmuggel nachzukommen und bekräftigte seine Haltung, dass die Entwaffnung aller libanesischen Milizen in einem libanesisch geführten politischen Prozess erfolgen muss. UNIFIL selbst kann und soll diese Entwaffnung nicht durchsetzen, notwendig sind dafür Fortschritte im politischen Dialog und bei den Bemühungen zu einem effektiven Grenzregime.

An der östlichen Grenze zu Syrien ist eine zuverlässige Überwachung nicht gewährleistet, da die libanesische Regierung unter Beteiligung der Hisbollah einer dortigen Stationierung der UNIFIL nicht zugestimmt hat. Syrische und libanesische Behörden sind gemeinsam verantwortlich für die Überwachung. Der Bericht einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über die Grenzüberwachung (LIBAT) kam zu dem Ergebnis, dass erhöhtes internationales Engagement notwendig ist, um die trotz Fortschritten insgesamt schwachen libanesischen Kapazitäten zur Grenzüberwachung zu stärken und die mangelnde Abstimmung zu verbessern. Dafür werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auch am von Deutschland durchgeführten Projekt an der Nordgrenze orientieren. Die vier für die Grenzsicherheit verantwortlichen libanesischen Behörden sollen durch ein integratives Grenzkontrollkonzept in die Lage versetzt werden, die Grenze effektiv zu kontrollieren. Dafür hat die Bundesregierung Grenzscanner geliefert und ein Ausbildungsteam entsandt. Eine erfolgreiche Ausdehnung dieses Konzeptes erfordert erhöhte Anstrengungen der EU und der Bundesregierung und eine raschere Finanzierung und Umsetzung der Projekte als in der Vergangenheit. Der Erfolg von UNIFIL hängt auch vom Erfolg der verbesserten Grenzüberwachung ab.

3. Politische Lage im Libanon

Wichtigste Grundlage für den Erfolg von UNIFIL sind Fortschritte im politischen Dialog. Mit der zentralen Beteiligung an UNIFIL haben die EU und Deutschland Verantwortung für politische Fortschritte neben den militärischen und sicherheitspolitischen Unterstützungsaufgaben übernommen. Im ersten Jahr des UNIFIL-Einsatzes konnte die innerlibanesische Blockade aber nicht überwunden werden, sondern hat sich sogar deutlich verschärft. Diese Gefahren nicht zu benennen, wie es der Antrag der Bundesregierung versäumt, ist fahrlässig.

Die politische Lage im Libanon ist über ein Jahr nach Ende des militärischen Konflikts äußerst angespannt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem Zwischenbericht vom Juni 2007 darauf hingewiesen und seine Befürchtung ausgedrückt, dass die Umsetzung der Resolution 1701 durch die schwierige politische Lage behindert werden könnte. Größere Fortschritte im politischen Bereich sind die Grundvoraussetzung für den Erfolg von UNIFIL und einer friedlichen Entwicklung im Libanon und in der Region. Da sich die EU intensiv im Rahmen von UNIFIL engagiert, muss sie alle Anstrengungen unternehmen, um solche politischen Fortschritte zu erzielen und dies diploma-

tisch zu untermauern. Die lange anhaltenden Kämpfe zwischen der libanesischen Armee und extremistischen Kämpfern im Palästinenserlager Nahr Al-Barid und die Anschläge auf UNIFIL-Soldaten, bei denen am 24. Juni 2007 sechs spanische UNIFIL-Soldaten ums Leben kamen, geben großen Anlass zur Sorge.

Zugleich besteht die innenpolitische Blockade zwischen der Regierung Siniora und der Opposition fort. Seit dem Austritt der oppositionellen Minister ist die Regierungsbasis verkleinert und die Parlamentsarbeit aufgrund eines Boykotts der Oppositionsparteien blockiert. Aus einer Nachwahl im Bezirk Metn ging die Opposition gestärkt hervor, was die Blockade verstärkt hat. Beide Seiten konnten bisher keinen Konsens in den Streitfragen finden und sich auf eine von der Opposition vorgeschlagene Regierung der nationalen Einheit und einen für beide Seiten akzeptablen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen am 25. September 2007 einigen. Im Falle einer anhaltenden Blockade droht eine Eskalierung der Lage, da eine reguläre Präsidentschaftswahl ohne die erforderliche Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten nicht stattfinden kann und ein Verlust der politischen Legitimität beider Lager droht.

Im innerlibanesischen Streit hat sich die EU zunächst mit dem Verweis auf die Legitimität der libanesischen Regierung auf eine Unterstützung der Regierung Siniora konzentriert. Aufgrund der innenpolitischen Verschärfung und zunehmenden Lagerbildung ist es aber zentral, den Dialog zwischen den einzelnen Gruppen zu unterstützen. Nur eine repräsentative Regierung wird im Libanon ausreichende Legitimität haben, um die dringend erforderlichen politischen Reformen und eine substantielle Stärkung des Staates anzugehen. Eine anhaltende Spaltung widerspricht dem Geist des Ta'if-Abkommens (Friedensabkommen nach dem Bürgerkrieg 1989) und dem darin enthaltenen Bekenntnis zu einer Überwindung der Fragmentierung des politischen Systems. Langfristiges Ziel muss sein, durch eine Stärkung gesamtlibanesischer Institutionen eine Abschaffung des religiösen Proporz zu erreichen. Diesen Prozess muss die EU aktiv begleiten.

Der UNIFIL-Einsatz ist weiterhin geeignet, zur Stabilität beizutragen, kann aber die politische Blockade nicht auflösen. Die Resolution 1701 stellt kein abschließendes Konzept für einen stabilisierenden Prozess dar. Die französische Initiative zum Dialog der innerlibanesischen Kräfte war ein richtiger Ansatz, der aber mit Nachdruck von der gesamten EU getragen werden sollte. Auch die USA müssen davon überzeugt werden, dass ein Dialog und eine politische Lösung im Libanon unerlässlich sind für die Stabilität der Region.

4. Regionales Umfeld

Die EU muss die Rolle der Vereinten Nationen und multilaterale Ansätze im Nahen Osten nachdrücklich stärken. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft konnten die erhofften Fortschritte nicht erzielt werden. Die Wiederbelebung des Nahostquartetts als einzig konkrete Maßnahme konnte keinen politischen Prozess in Gang setzen, zumal keine Ausweitung der Zuständigkeit auf Syrien und Libanon erfolgte. Um das regionale Umfeld zu verbessern, sind auch intensivere Bemühungen der EU zur Wiederaufnahme eines israelisch-palästinensischen Friedensprozesses und zur Überwindung der Spaltung der palästinensischen Autonomiegebiete gefordert.

Dies schließt auch Bewegung im regionalen Friedensprozess, insbesondere eine Wiederaufnahme der syrisch-israelischen Friedensgespräche mit ein. Konkrete Probleme in den Beziehungen zwischen Libanon, Israel und Syrien müssen stärker angegangen werden. Dazu zählen die Frage der Zugehörigkeit der Shebaa-Farmen, die endgültige Grenzdemarkierung, die derzeit von den UN recherchiert wird, und ein syrisch-libanesischer Ausgleich inklusive der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Dazu muss es gegenüber Syrien eine diplomatische Initiative geben, auch um ein weiteres Abdriften in eine feste Allianz mit

dem Iran zu verhindern. Damit verbunden sind klare Erwartungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Initiativen der EU und der Bundesregierung zur Einbindung Syriens und Vermeidung einer Destabilisierung des Landes, dass mittlerweile bis zu 1,5 Millionen irakische Flüchtlinge aufgenommen hat, sind zu begrüßen.

Deutschland hat eine besondere historische Verantwortung gegenüber Israel und ein elementares Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. In diesem Zusammenhang ist von entscheidender Bedeutung, dass neben der libanesischen auch die israelische Regierung um ein deutsches militärisches Engagement gebeten hat. Neben dem zivilen und politischen Engagement stellt auch eine im Risiko überschaubare und begrenzbare maritime deutsche Beteiligung an UNIFIL weiterhin einen legitimen und wichtigen Beitrag dar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich mit der deutschen Beteiligung an UNIFIL für ein weiteres Jahr aktiv für die Umsetzung der Ziele des UN-Mandats aus der Resolution 1701 einzusetzen,
- dafür zu sorgen, dass der Einsatz umfassend politisch und diplomatisch von Seiten der EU und Deutschlands begleitet wird,
- sich mit allen möglichen Kanälen nach Kräften für eine Freilassung der israelischen Geiseln und ein baldiges Lebenszeichen der entführten israelischen Soldaten einzusetzen,
- einen politischen Prozess zur Stabilisierung im Libanon zu unterstützen, der alle politischen Kräfte im Libanon einschließt, um eine Auflösung der Blockade zwischen Regierung und Opposition zu erreichen,
- mit allen demokratisch legitimierten Parteien im libanesischen Parlament, einschließlich der Hisbollah, zu sprechen und zu einem Ausgleich beizutragen,
- durch einen libanesischen politischen Dialog und eine Einbindung aller politischen Kräfte den Weg zu einer Entwaffnung aller Milizen, darunter der Hisbollah, wie in der Resolution 1559 gefordert, zu ebnen,
- die Rechtsstaatlichkeit im Libanon und weitere Reform der libanesischen Institutionen zu unterstützen und ihre Kapazitäten zu stärken,
- den Wiederaufbau konsequent weiterzubetreiben, insbesondere im besonders betroffenen Südlibanon, und die Zusagen der internationalen Geberkonferenzen einzuhalten,
- das zentrale deutsche Pilotprojekt zur Verbesserung des libanesischen Grenzschutzes an der Nordgrenze schnell umzusetzen und dazu beizutragen, dass im Rahmen der Umsetzung der Resolution 1701 – konkret durch Umsetzung der LIBAT-Empfehlungen – eine umfassende Eindämmung des Waffenschmuggels in den Libanon nicht nur auf See, sondern auch zu Land erfolgt,
- die Kapazitäten der Botschaft Beirut zu stärken durch die Entsendung eines eigenen Militärattachés und einer Verstärkung der politischen Abteilung,
- beim nächsten Quartetttreffen am 23. September in New York Libanon und Syrien auf die Agenda zu setzen und auf eine energische Nahost-Friedensinitiative zu drängen, die einen Ausgleich zwischen Syrien, Libanon und Israel anstrebt und die jeweiligen konkreten bilateralen Streitfragen wie Golan und Shebaa-Farmen einschließt,
- sich darüber hinaus für eine Verhandlungslösung mit dem Ziel friedlicher Koexistenz aller Staaten in der Region einzusetzen, dafür die von der Arabischen Liga bestärkte saudische Friedensinitiative nachhaltig zu unterstützen

und substantielle Verhandlungen Israels und der Palästinenser voranzubringen,

- die laufende Information über den Einsatz und über die deutschen politischen Projekte für den Deutschen Bundestag zu verbessern, um eine fundierte Abwägung von Chancen und Risiken zu ermöglichen,
- eine umfassende Evaluierung des bisherigen UNIFIL-Einsatzes und des bis zum 31. August befristeten deutschen Beitrags zu diesem Einsatz vorzunehmen.

Berlin, den 11. September 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

